Ressort: Gesundheit

Immer mehr Krankentage wegen psychischer Probleme

Berlin, 26.03.2019, 01:00 Uhr

GDN - Die Zahl der Krankentage wegen psychischer Probleme hat sich in den vergangenen zehn Jahren von rund 48 Millionen im Jahr 2007 auf 107 Millionen im Jahr 2017 mehr als verdoppelt. Die daraus entstehenden wirtschaftlichen Ausfallkosten haben sich im selben Zeitraum von 12,4 Milliarden Euro auf 33,9 Milliarden Euro sogar nahezu verdreifacht.

Das geht aus der Antwort des Bundesarbeitsministeriums auf eine Anfrage der Linken-Fraktion im Bundestag hervor, über die die Zeitungen der Funke-Mediengruppe (Dienstagausgaben) berichten. Männer kamen demnach auf eine deutlich höhere Zahl an psychisch bedingten Krankheitstagen als Frauen, ältere Beschäftigte meldeten sich häufiger aus psychischen Gründen krank als jüngere. Die meisten Krankentage gab es 2017 bei Männern zwischen 60 und 65 Jahren (434 Ausfalltage auf 100 Versicherte), die wenigsten bei Frauen zwischen 15 und 20 Jahren (21 Ausfalltage auf 100 Versicherte). Laut Arbeitsministerium stieg zwischen 2007 und 2017 auch die Zahl der Renteneintritte wegen verminderter Erwerbsfähigkeit aufgrund psychischer Störungen - von rund 53.900 (2007) auf mehr als 71.300 (2017). 2017 gingen rund 41.200 Frauen vorzeitig wegen psychischer Diagnosen in Rente - bei den Männern waren es nur rund 30.100. Die Zahlen basieren auf Sozialversicherungsdaten und Berechnungen der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin. Angaben für das Jahr 2018 liegen noch nicht vor. Die Bundesregierung sieht bei der Bekämpfung der Stressfaktoren in erster Linie die Arbeitgeber in der Pflicht: Gegen psychische Belastungen würden keine neuen Arbeitsschutzregeln helfen, heißt es in der Regierungsantwort. "Ziel muss es vielmehr sein, Betriebe und Beschäftigte zu befähigen, das vorhandene Arbeitsschutzinstrumentarium, insbesondere die Gefährungsbeurteilung, zu nutzen, um Gesundheitsrisiken durch psychische Belastungen frühzeitig erkennen und durch eine menschengerechte Arbeitsgestaltung verhindern zu können." Die arbeitspolitische Sprecherin der Linksfraktion kritisierte die Auffassung der Bundesregierung deutlich: Diese Haltung grenze an "vorsätzliches Staatsversagen", sagte Jutta Krellmann den Funke-Zeitungen. Viele Arbeitgeber würden auf Verschleiß fahren, Beschäftigte würden über ihre Belastungsgrenze getrieben. Auch der ökonomische Schaden werde größer und größer. "Die Bundesregierung jedoch schaut Däumchen drehend zu." Dabei sei es offensichtlich, dass die jetzigen Instrumente nicht ausreichten. Die Linke fordert stattdessen eine staatliche Anti-Stress-Verordnung und flächendeckende Arbeitsschutzkontrollen.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-122217/immer-mehr-krankentage-wegen-psychischer-probleme.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619